

Bezugspreis:
vierteljährlich
für Dies 4.50 RM.
Bei den Postanstalten
(auschl. Bestellgeld)
4.50 RM.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von O. Chr. Sommer,
Dies.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamengröße 90 Pf.

Ausgabestelle:
Dies, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr 8

Dies, Samstag, den 10. Januar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Der Streik der Berliner Versicherungsangestellten.

Mz Berlin, 9. Jan. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin entschied in dem Streit im Versicherungsgewerbe, daß der Arbeitgeberverband bis Samstag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten hat. Die Arbeitnehmersverbände werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Arbeit am 12. Januar wieder aufgenommen wird, wenn die Verhandlungen begonnen haben. Sollte ein Zustandekommen der Verhandlungen auf dieser Grundlage infolge des einseitigen Fernbleibens der Vertreter der Arbeitgeber scheitern, so wird der aus der Fortdauer der Arbeitsunterbrechungen zu tragende Lohnausfall von den Versicherungsunternehmen zu tragen sein.

Die Ratifikation.

Mz Berlin, 9. Jan. Mit dem für morgen nachmittags in Paris anberaumten Austausch der Ratifikationsurkunden und der darauf folgenden Errichtung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden tritt der Friede in Kraft. Zugleich wird, wie in einer Note der Alliierten mitgeteilt wird, die internationalisierte Rote Kommission für die besetzten rheinischen Gebiete, die Wiedergutmachungskommission und die internationalisierte Wiedergutmachungskommission ihre Tätigkeit aufnehmen. Ueber den Beginn der Arbeiten im Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionen werden seitens der Alliierten noch weitere Mitteilungen erfolgen.

Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Bayern.

Mz München, 9. Jan. Wegen vollständiger Stockung der Kohlenzufuhr infolge Streiks und Hochwassers wird vom 13. ds. Mts. ab auf mehrere Tage der gesamte Personenverkehr auf den bayerischen Staatsbahnen und der Güterverkehr mit Ausnahme des Lebensmittelverkehrs eingestellt werden.

Die Friedensverhandlungen.

Lloyd George ist mit Begleitung im Sonderzug in Paris auf dem Nordbahnhof angekommen.

Die Konferenz der drei Ministerpräsidenten, die Ende dieser Woche zusammentreten sollte, wird sich laut Paris sehr wahrscheinlich vorerst mit der asiatischen Frage befassen, aber nicht mit dem Schicksal von Konstantinopel. Clemenceau habe, wenn diese Frage behandelt werden sollte, nur noch acht Tage Ministerzeit vor sich. Es müsse also eine Verhandlung beginnen, die er nicht zu Ende führen könne. Demnach wäre es besser, wenn er die Lösung dieser Frage seinem Nachfolger überließe.

Scapa Flow. Wie die Central News erfahren, haben sich die Sachverständigen der Neutralität entschlossen, die bei Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe zu sprengen. Die Sprengung wird vermutlich noch in diesem Monat erfolgen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Vorbereitungen zur Aufnahme der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich. Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr schreibt: Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mühlhausen wird die Rückführung der Kriegsgefangenen aus Frankreich, und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet Verbliebenen zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager Worms, Griesheim, Dürkheim, Jülich und Schwelm bei Aachen, und zwar in jeder Lager vorwiegend täglich ein Zug mit etwa 1000 Mann. Die beiden ersten Lager bestehen bereits, die drei letzteren sind in wenigen Tagen unter Leitung der Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr behelfsmäßig eingerichtet worden. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einkleidung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt, aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten und Ankunftsbenachrichtigung abzugeben. Ein formlicher Empfang in den Lagern und gemeinsame Kundgebungen, sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Auszeichnung der Bahnhöfe ist untersagt. Die Rückkehr der Gefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anspruch muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebietes, von wo sie entlassen werden. Aus Stuttgart wird berichtet, daß die 450 000 Gefangenen in Frankreich bis Ende April bei einer Beschleunigung des Transportes abgeholt sein können.

Die deutschen Geiseln in Frankreich. Wie schon früher berichtet wurde, hatte die französische Regierung dem Eruchen der deutschen Regierung Folge gegeben und die Genehmigung erteilt, daß sechs deutsche Geiseln in drei Gruppen zu je zwei Personen während der Winternachts- und Reizjahreszeit deutsche Kriegsgefangene in Frankreich besuchen. Bei der großen Anzahl von deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand mußte leider im voraus schon damit gerechnet werden, daß nur ein Teil dieser Kriegsgefangenen besucht werden konnte. Die langen Reise- und die Regelung der Passbeschaffung bedingten hier noch eine Verstärkung der für die Besuche zur Verfügung gestellten Zeit. Die Reisen haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Die Geiseln sind inzwischen wieder in Paris, dem Sitz der deutschen Friedensdelegation eingetroffen und

haben alsbald die Rückreise nach Deutschland angetreten. Die Geiseln haben eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener in Lagern und Lazaretten sowie an Arbeitsstellen aufsuchen können. Es wurden in der ehemaligen Kampfzone an 30 Kompanien und Lazaretten der nördlichen und südlichen Departements besucht. Weiterhin führten die Geiseln einer Gruppe in Kriegsgefangenenlagern und Lazaretten des französischen Hinterlandes. Die Geiseln, die bei ihren Reisen von den französischen Behörden in einwandfreier Weise unterstützt wurden, konnten vielen Tausenden deutscher Kriegsgefangenen die Grüße der Heimat persönlich überbringen. Diese Grüße wurden mit freudigem Danke und einem hoffnungsvollen: „Auf baldiges Wiedersehen in der Heimat“ zurückgegeben.

Deutschland.

D Rückgabekommission. Durch Verordnung des Reichspräsidenten und des Ministers für Wiederaufbau wird eine Rückgabekommission zur Rückgabe von Gegenständen aus feindlichem Besitz, namentlich Maschinen und Material, gebildet.

D Keine neue Verkehrsperre. Amtlich wird mitgeteilt: Die Postfrist eines Korrespondenzbureaus, nach der das Reichsverkehrsministerium eine neue Verkehrsperre zu verhängen beabsichtigt, entbehrt jeder Begründung.

D Gegenüber Gegenborischlag zum Reichsnotgesetz. Bei den Verhandlungen über das Reichsnotgesetz ist wiederholt von einem preussischen Gegenborischlag die Rede gewesen, ohne daß über den Inhalt dieses Gegenborischlages bisher Näheres in die Öffentlichkeit gekommen wäre. Jetzt macht der preussische Finanzminister Dr. Siedekum nähere Angaben über diesen Gegenborischlag. Der Gegenborischlag ist im wesentlichen der, daß der Reichsnotgesetz von der Annahme aus, daß das Reichsnotgesetz angeht, der Möglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles den Zugriff der Entente auf die Dächer laun entzogen werden kann. Deshalb solle es nach Preussens Ansicht nur einen Weg, die Entscheidung des Reiches zurückzuführen, ohne daß Vermögensverluste oder Forderungen auf die der Feinde die Hand legen könnte, geschaffen werden, wenn nämlich das Reichsnotgesetz darin bestünde, daß jeder Zug ungesperrt unter Kontrolle eine bestimmte Menge Kriegsanleihe hätte vernichten müssen. Es sei dem Reich, wenn es sich entschließen, 20 Milliarden Mark Schulden aufzutragen, so wären diese 20 Milliarden nach der Größe des Reichs umgelegt worden. Sollte der Umgehungsführer früher entsprechend seinem Vermögens Kriegsanleihe gezeichnet, so konnte er diese jetzt unter Kontrolle vernichten. Hatte er aber früher seine Vermögenspflicht nicht vernichtet, so mußte er sich eine weitere Vermögenspflicht entsprechend den Kriegsanleihe leisten. Dieser Gedanke ist nach der Ansicht Preussens an der Form der Durchführung der Kriegsanleihe verwirklicht werden, sondern gerecht verteilt in der wirklichen Höhe des Vermögens und vielleicht sogar mit einer Bevorzugung derer, die viel Kriegsanleihe gezeichnet hätten.

D Der Reichsminister für den Wiederaufbau Dr. Gehler hielt in Köln vor zahlreichem führenden Männern aus Industrie, Handel und Gewerbe und vor Vertretern der Behörden aus dem besetzten Gebiet einen Vortrag, in dem er sich darüber verbreitete, wie die Vergebung der Arbeiten im zerstörten Gebiet vor sich gehen sollte und wie die Arbeit selbst zu leisten sei. Belgien wünsche überhaupt nicht, daß wir uns an den Arbeiten beteiligen, und die französische Regierung beabsichtigt, in größterem Maßstab polnische, italienische und tschechoslowakische Arbeiter heranzuziehen. Bei den Verhandlungen in Paris werden wir den Standpunkt vertreten müssen, daß das Reich als Generalunternehmer baste. Wenn die französische Regierung daneben deutsche Privatunternehmer heranziehen will, so können wir sie nicht daran hindern. Das geschieht aber auf Rechnung und Gefahr der Unternehmer. So weit Einzelne vergeben werden können, müssen sich die Interessenten selbst zu leistungsfähigen Verbänden zusammen-schließen. Die Leitung der Baumaßnahmen kann nicht unter dem Gesichtspunkt einer Berliner Arbeitsgesellschaft ausgeführt werden. Der Gedanke einer neuen Wundba kommt nicht in Frage. Die einzelnen Länder müssen anteilweise bei den Leistungen berücksichtigt werden, eine schließliche Verteilung von Industrieerzeugnissen ist dagegen nicht möglich. Die deutsche Industrie wird in Zukunft drei große Zwecke umfassen müssen: Erstens die Erzeugnisse für den Bedarf der Heimat, zweitens für die Erfüllung des Friedensvertrages, drittens für den Weltmarkt. Für den Weltmarkt können und dürfen wir erst liefern, wenn wir den Friedensvertrag erfüllt haben. Die Entwicklung darf nicht dahingehen, daß wir für den Weltmarkt schrankenlos liefern und dadurch die Erfüllung des Friedensvertrages beeinträchtigen. Französische Besteller bestellen jetzt direkt bei der deutschen Industrie. Wir müssen alles tun, dieses System zu fördern, weil in das komplizierte Verhältnis zwischen Besteller und Konsumenten nicht noch eine eigene Behörde eingeschaltet werden darf. Die Kontrolle der Lieferungen müssen wir als Selbstverpflichtung um die Interessen des Reichs, des Reichsgeldes und der Steuerzahler wahrzunehmen. Da aus der Kriegswirtschaft ein großer Rest von Vertrauen zurückgeblieben ist, müssen wir hier sehr vorsichtig sein. Es darf keine Nachkriegswirtschaft durch die Hände gehen. Nach den Erfahrungen des Krieges sind wir aber in der Lage, dies zu verhindern. Die Moral der Selbstverpflichtungsverbände wird annehmen, hier in der schärfsten Weise Ordnung zu schaffen.

D Der Reichsbeirat für körperliche Erziehung. Im Reichsministerium des Innern soll ein

Reichsbeirat für körperliche Erziehung geschaffen werden. Der Reichsbeirat setzt sich aus je fünf Vertretern des Reichsausschusses für Leibesübungen und der Zentralkommission für Sport und Körperpflege zusammen und wird nach Bedarf von dem Reichsminister des Innern einberufen. Den Vorsitz in den Verhandlungen des Beirats führt ein Beamter des Reichsministeriums des Innern in allen das Gebiet der Leibesübungen berührenden Angelegenheiten mit seinem Rat unterstützen, Anregungen geben, Begutachten und die reichen Erfahrungen aus der Tätigkeit der freien Verbände der Reichserziehung für die zur Förderung der körperlichen Erziehung der Jugend in Aussicht genommenen gesetzgeberischen Maßnahmen vermitteln.

D Kein Abbau der Zwangswirtschaft. Zu der (auch von uns gebrachten) Meldung eines Berliner Abendblattes, daß das Reichswirtschaftsministerium beabsichtige, mit Vertretern der Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft zu verhandeln, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß es sich dabei nicht um einen aus besonderen Mitteln neuerdings hervorgerufenen Vorgang, sondern um eine vor einiger Zeit anberaumte Besprechung handelt, in welcher die in einer Denkschrift niedergelegten Wünsche des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft erörtert werden sollen. Es wird sich dabei um eine Besprechung von organisatorischen Fragen handeln. An eine alsbaldige Aufhebung der Lebensmittelbeschränkung, die als nötig gemahnt wird, wird nicht gedacht.

Partei-politische.

Gothein gegen den Ministerabsolutismus. Der frühere Reichsfinanzminister Abg. Gothein macht im Berl. Tageblatt vom 6. Januar schwere etatsrechtliche Bedenken geltend, die sich bei der Umstellung von Reichswirtschaften in Unternehmungen zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Friedensartikeln ergeben. Er betont, daß die Frage der Fortführung des Verkaufs, der Verpachtung großer Reichsbetriebe gegenwärtig allein in der Hand des Reichsministers liegt. Die gewaltigen Summen, die ihm bewilligt werden, — und unter einer halben Milliarde hat es die Nationalversammlung wegen bei der Sozialisierung der Wirtschaftswirtschaft noch bei der Umstellung von Militärbetrieben — zeitigen einen Ministerialabsolutismus, der seine schweren Bedenken hat. Gothein fügt hinzu: „Das parlamentarische System darf nicht darin bestehen, daß dem Parlament hinterher, wo es nur noch deklarieren und diskutieren, aber nicht beschließen kann, gesagt wird, was geschehen ist. Gewiß sind die Minister Vertrauensmänner der Parlamentsmehrheit. In einem Koalitionskabinetts aber eigentlich nur die ihrer Fraktion oder gar nur deren Mehrheit. Die anderen Kabinettsminister sind mit ihren eigenen Angelegenheiten so beschäftigt, daß sie gar nicht die Zeit haben, sich mit den internen Fragen anderer Ressorts zu befassen. Und hat eine Frage keine aktuelle politische Bedeutung, so wird sie im schweigen überlassen Kabinetts erst gar nicht zur Sprache gebracht. Der Ministerialabsolutismus, oder was noch schlimmer ist, der Unterministerialabsolutismus ist also Tatsache der Volksvertretung ist ausgeschlossen. Man hat die Reichsbetriebe als Alltagswirtschaften aufgegeben und die Einheitlichkeit der Leitung durch eine sogenannte Spitzengesellschaft in wahren geist. All das ist in allgemeinen Zügen wohl gelegentlich im Haushaltsauschuss besprochen worden. Durchgeführt ist es aber meines Wissens ohne Vorlage, ohne ausdrücklichen Beschluß der Nationalversammlung. Ja, im Anschluß wie im Plenum wurden gegen die Gesellschaftsform für die einzelnen Betriebe erhebliche Bedenken vorgebracht. Die ganze Organisation beruht also nur auf ministerieller Anweisung, nicht auf Gesetz; durch eine andere Anweisung kann sie jederzeit geändert werden. Das hat die schwersten Bedenken. Nun ist es gewiß nicht minder bedenklich, eine Organisation unüberprüflich festzulegen, ehe man über die nötigen Erfahrungen verfügt. Dann muß man aber eine gesetzliche Form finden, die elastisch genug ist, um unaussprechbare notwendige Änderungen auch ohne neues Gesetz vorzunehmen.“ (DPA.)

Frankreich.

Die Durchquerung der Vogesen. Die Information meldet aus Paris: Die französische Regierung wird der Kammer eine Vorlage zugehen lassen, die die allgemeine Inangriffnahme des Baues von strategischen Eisenbahnen im Elsaß und in den Vogesen vorsieht. Es ist der Plan von solchen Linien beschlossen, die unter Durchquerung der Vogesen eine unmittelbare Verbindung zwischen den zentralen französischen Waffenplätzen und den französischen Garnisonstädten am Rhein vermitteln.

Bulgarien.

Revolution. Eine Amsterdamer Korrespondenz bringt Berichte aus Sofia, nach denen die letzte Aufbruchbewegung in Bulgarien sehr ernst war. Vor dem königlichen Palast fanden blutige Zusammenstöße zwischen Soldaten und Unzufriedenen statt. Man schätzt die Zahl der Toten und Verwundeten auf über 100. Die Ordnung ist in Sofia wieder hergestellt und die Stadt von Truppen besetzt. In der Provinz herrscht eine verhältnismäßige Erregung, doch ist es nirgends zu ernstlichen Unruhen gekommen.

Türkei.

Wahlbezirk der Jungtürken. Nach einer über Paris kommenden Meldung aus der Türkei sind die Wahlen zu Gunsten des Komitees „Einheit und Fortschritt“ ausgefallen. Der Minister des Innern des Innern und des Auswärtigen, die bei den Wahlen durchgefallen sind, wird erwartet.

Gegen die Vertreibung aus Europa. Nach einer Meldung des „Tanzimat“ aus Konstantinopel erklärt die Zeitung „Allentour“, daß die Nachricht, die Türkei sollte aus Europa ausgewiesen werden, wie ein Mannenschuß gewirkt habe. Das Blatt sagt, alle wollen keinen türkischen Staat ohne Konstantinopel. Aufzupha Kemal-Pascha vervollständigt seine Vorbe-

Müller,
Vorsitzender der Kreishauereinschaft.

Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe, gute Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Auguste Bleitgen

geb. Hochfärber

im kaum vollendeten 52. Lebensjahre.

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Theodor Bleitgen.

DIEZ, den 9. Januar 1920.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr (alte Zeit) statt.

205

Deutsche demokratische Partei Ortsgruppe Diez.

Öffentliche Volksversammlung am Montag, den 12. Januar, abends 7 Uhr (neue Zeit) im grossen Saale des Hof von Holland.

Redner: Staatsrechtslehrer Prof. Schücking, Marburg, Mitglied der Nationalversammlung, des Untersuchungsausschusses und der Friedensdelegation. Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage, mit besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft.

Freie Aussprache Der Vorstand.

Stadt Karlen.

Vize-Postdirektor SIEFER
JOHANNETTE SIEFER
geb. Holzhäuser

Vermählte

Cöln u. Lollschied, 10. Januar 1920.

Wochenabreißkalender für 1920

H. Chr. Sommer, Bad Ems und Diez.

Wegen Auflösung des Haushaltes

sollen am

Montag, den 12. Januar 1920

von morgens 10 Uhr ab im Hause Römerstr. 38 II, 6. Etage Haus- und Küchengeräte, darunter eine Sobelingarnitur mit bestehendem Teppich, Bluschlofa, Betten, Ofen u. s. w. versteigert werden. — Anzusehen am Samstag und Sonntag.

Werbevortrag für Spiel und Sport.

Samstag, den 10. 1. 20, abends 8 Uhr findet im Saale des Herrn S. C. Fied ein Vortrag über Leibesübungen statt, zu dem sämtliche hiesigen Sport- u. Turnvereine, sowie die der Umgebung freundlichst eingeladen sind. Referent: Herr Engelbert Fraunkron, Sportlehrer Dilldorf.

252]

Sportverein Bad Ems 09.

30 Erdarbeiter

zum sofortigen Eintritt nach Friedrichslegen gesucht.

P. Polcher Nachf., Inh. W. Narmann,
Hoch u. Tiefbau, Coblenz.

Meldung: Auf der Baustelle gegenüber dem Bahnhof Friedrichslegen bei Schachtmeister Kolb.

Für Selbstversorger.

Wir verarbeiten in unserer modern eingerichteten Hasermühle

Hafer auf la. Flocken und Grütze.

Flocken resp. Grütze können sogleich mitgenommen werden.

Andernacher Mühlenwerke

G. m. b. H. Andernach.

[771